

kommission haben wir es nicht geschafft, in den Parteikontrollkommissionen die statutenmäßigen Positionen dazu zu schaffen.

Die Zentrale Parteikontrollkommission wird in ihrer künftigen Arbeit dafür sorgen müssen, daß die Beurteilung von Fehlverhaltensweisen von Parteimitgliedern gewissenhafter und gründlicher erfolgt, damit die in unserem Parteistatut festgeschriebenen Normen allseitig zur Wirkung kommen. Wir werden manchen Beschluß, der vor einiger Zeit in Grundorganisationen gefaßt und in Kreisleitungen bestätigt wurde, einer Korrektur unterziehen.

Besondere *politische Wertung* erhalten heute Parteistrafen, die im Zusammenhang mit der Streichung der Zeitschrift »Sputnik« ausgesprochen wurden. Ich möchte zur Klärung des Sachverhaltes und der Vorwürfe gegen Genossen Erich Mückenberger sagen: Die Parteikontrollkommissionen hatten nicht das Recht und auch nicht den Einfluß, daß diese Zeitschrift Von der Postzeitungsliste der DDR gestrichen wurde. Was uns übertragen wurde, war die Bearbeitung von etwa 1 000 Eingaben, die zu dieser Sache an das Zentralkomitee gerichtet wurden. In die Klärung waren viele Abteilungen des ZK mit einbezogen. Die Genossen der Parteikontrollkommissionen sind in die Grundorganisationen gegangen und haben in Mitgliederversammlungen und Parteileitungen die Briefe behandeln lassen. Alle Einsprüche, die Genossen gegen erteilte Parteistrafen bei uns erhoben haben, wurden behandelt und dem Sekretariat des Zentralkomitees vorgelegt.

Laut Statut und auch in der Praxis unserer Partei werden Vorgänge von Parteimitgliedern, die freiwillig aus der Partei ausscheiden und vorher kein Parteiverfahren erhielten, nicht durch die Parteikontrollkommissionen bearbeitet, behandelt oder entschieden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Seit einiger Zeit ist festzustellen, daß von verschiedenartigsten Kräften Forderungen nach oppositionellen Gruppierungen und Parteien in unserem Land gestellt werden. Heute treten die Gegner des Sozialismus für die Zulassung oppositioneller Gruppen ein und rufen zur Spaltung unserer Partei auf. Dazu gehören die Bildung einer angeblichen Sozialdemokratischen Partei in der DDR und der Angriff auf das Zentralkomitee. Es werden alle möglichen Versuche unternommen, die Spaltung unserer Partei durch ideologische und organisatorische Maßnahmen zu erreichen.

Aus allem ist ersichtlich: Man will zurück zur Spaltung der Arbeiterbewegung, man will zurück zum Bruderzwist. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und *aktuelle politische Ereignisse* führen uns erneut zu